

Nicht nur fürs Protokoll

In den Parteigruppen, APO und Grundorganisationen sind die Parteiwahlen abgeschlossen. Die Bilanz ist gezogen. Neue Aufgaben und die sich daraus ergebenden höheren Anforderungen wurden debattiert und durch Beschluß festgelegt. Die 9. Tagung des Zentralkomitees wird jetzt sorgfältig ausgewertet.

Umsichtig organisieren und führen die neugewählten Leitungen den Kampf für die festgelegten Ziele. Dazu wurde im Verlauf der Parteiwahlen ein großer Schatz an Erfahrungen, Ideen und Vorschlägen freigelegt. Ihn umfassend zu nutzen, das wiegt jetzt schwer für die Höhe der Resultate, mit denen jedes Parteikollektiv seine politischen und ökonomischen Vorhaben erfüllen wird.

Von dem Gewicht der Vorschläge, Hinweise, ja, besonders auch von den Kritiken, darf keine Unze verlorengehen. Sie wurden im persönlichen Gespräch vor der Wahlversammlung gemacht, in der Diskussion mitgeteilt, um der Kampfkraft, der Entwicklung des innerparteilichen Lebens, der Aktivität des einzelnen Kommunisten — unserer Arbeit zur Verwirklichung der Beschlüsse des IX. Parteitages dienlich zu sein.

Auch nicht der kleinste Vorschlag war geäußert worden, um ihn nur im Protokoll zu vermerken! Nein, die Fülle wertvoller Gedanken, die kritischen Hinweise und die zahlreichen Ideen sind — wie es Genosse Erich Honecker auf der 9. Tagung des Zentralkomitees charakterisierte — für uns ein goldener Fonds, und wir können, gar nicht genug tun, um ihn zu nutzen und zu mehr.

Wenn in der Bezirksparteiorgani-

sation Suhl schon vor dem Abschluß der Parteiwahlen weit über 11000 Vorschläge, Hinweise und Kritiken von den Genossen vorgebracht worden waren, so spricht das für ein gutes innerparteiliches Klima, in dem jeder Genosse spürt, daß sein Rat und Vorschlag gefragt sind, sie genutzt werden, um die Effektivität der Parteiarbeit zu erhöhen und die ökonomischen Prozesse politisch noch besser führen zu können.

Aus dieser Sicht heraus kritisierte auch der junge Kommunist Manfred Nunweiler auf der Wahlversammlung in der KAP Neverin, Bezirk Neubrandenburg, die ungenügende Hilfe für seine FDJ-Organisation. Ihm mißfällt, daß einige Genossen Leiter kein Ohr für die FDJ-Arbeit haben. Sie tadeln, aber helfen zu wenig. Nun, die Parteileitung wird es ändern. In der Berliner Yachtwerft bat ein sechsundsiebzigjähriger Genosse, das älteste Parteimitglied der APO II, ums Wort. Leidenschaftlich sprach er über seinen Beruf, über seine politischen Aktivitäten, über Ordnung und Sicherheit, verhehlte aber auch nicht, was ihm mißfällt. Er nannte die Dinge beim Namen — vielen Genossen waren sie bekannt, nur hat niemand etwas dagegen unternommen. Er verwies nicht nur schlechthin auf Fakten, er wertete sie politisch. Die Vorschläge, die er zum Verändern unterbreitete, wurden in das Arbeitsprogramm der APO aufgenommen. Wenn sich nun die Arbeitsbedingungen für sein Kollektiv verbessern, wird ihm auch so mancher Kollege dankbar sein.

Die meisten Parteileitungen fanden die richtige Art, um sich den

goldenen Fonds der Ideen der Werktätigen nutzbar zu machen. Die Vorschläge, Hinweise und Anregungen, die bereits vor der Wahlversammlung vorgetragen worden waren, fanden ihre Antwort im Rechenschaftsbericht, im Entschließungsentwurf. Was in der Diskussion der Versammlung unterbreitet wurde, war für viele Parteileitungen ein Tagesordnungspunkt ihrer ersten Sitzung, ist Bestandteil des Arbeitsprogramms geworden, steht unter Parteikontrolle.

Auch darin widerspiegeln sich innerparteiliche Demokratie und Volksverbundenheit. Die Parteileitungen dokumentieren auf diese Weise ihre Achtung vor der Einsatzbereitschaft der Arbeiter und anderen Werktätigen, vor ihrem gesellschaftlichem Verantwortungsbewußtsein. Denn nicht wenige der Vorschläge in der Wahlversammlung resultieren aus Gesprächen, die Genossen mit ihren Kollegen vor der Beratung geführt hatten.

Diese Vorschläge, Anregungen und kritischen Hinweise sind nicht als „demokratisches Beiwerk“ einer Wahlbewegung gedacht. Nein, sie werden als unentbehrliche Willensäußerung geradezu herausgefordert und gesucht. Sie gehören einfach zum Wesen unserer sozialistischen Ordnung, zur wachsenden Rolle der Arbeiterklasse. Dagegen ist es völlig undenkbar, daß in einem kapitalistischen Land die regierenden Parteien dem Rat der Werktätigen Gehör schenken.

Gewiß, nicht alles, was vorgeschlagen worden ist, was kritikwürdig war, wozu es Hinweise gab, wird sofort zu berücksichtigen, zu verändern sein. Aus dem Blickfeld der Leitung aber darf nichts geraten. K.R.